

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René
Bochmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/9153 –**

**Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik
Äthiopien – Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit vom Stopp
des Regierungspalast-Bauvorhabens abhängig machen**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass ein Krieg in der Nordprovinz Tigray, wiederkehrende Dürren und Überschwemmungen, eine mangelhafte Infrastruktur sowie eine sehr hohe Inflationsrate das Land vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen stelle.

Deutschland hätte im Jahr 2020 rund 392,6 Millionen Euro Entwicklungshilfe nach Äthiopien gegeben. Schätzungen der Vereinten Nationen (VN) würden davon ausgehen, dass mehr als 28 Millionen Menschen in dem Land auf Humanitäre Hilfe (HH) angewiesen seien.

Gleichzeitig plane der Ministerpräsident Äthiopiens, Abiy Ahmed Ali, einen Regierungspalast auf einer Fläche von 503 Hektar, für mindestens 10 Milliarden US-Dollar (USD) errichten zu lassen.

Nach Auffassung der Antragsteller würden weitere Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) an die äthiopische Regierung einer Duldung der schlechten Regierungsarbeit gleichkommen und seien deshalb einzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9153 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Derya Türk-Nachbaur
Berichterstatterin

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Derya Türk-Nachbaur, Dr. Wolfgang Stefinger, Deborah Düring, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/9153** in seiner 134. Sitzung am 9. November 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, laufende Projekte ausgenommen, deutsche Entwicklungsleistungen für Äthiopien sofort und vollständig auszusetzen.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass den Binnenflüchtlingen und anderen Kriegsopfern in Äthiopien HH zuteilwerde.

Schließlich fordern die Antragsteller, dass die Europäische Union (EU) aufzufordern sei, im Rahmen der europäischen EZ mit Äthiopien auf diese Ziele hinzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9153 in seiner 54. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9153 in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9153 in seiner 48. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass Äthiopien einer der größten bilateralen Zahlungsempfänger der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der EZ sei. Man hätte in einer der letzten Sitzungen über ein Waldprojekt am Horn von Afrika gesprochen, was auch nicht zielführend gewesen sei, denn die Entwaldungsrate in dem Land liege mittlerweile bei 70 Prozent. Die Entwicklungshilfe im klassischen Sinne scheine nicht zu funktionieren, von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, die die Fraktion der AfD immer fordere, sei man weit entfernt. Der Bericht des letzten Bundesministers, Herr Müller, sei unzutreffend gewesen, denn Äthiopien sei keineswegs vom Weizenempfänger zum Weizenimporteuer geworden. Die Präsidentin des World Food Programme (WFP), Frau McCain, hätte berichtet, dass die Spenden für Äthiopien nie bei den hungernden Menschen angekommen seien. Das sei ein Riesenskandal und zeige, dass in Äthiopien einiges schief laufe. Nun habe der äthiopische Präsident angekündigt, dass er einen riesigen Palast bauen möchte. Die Kosten sollten etwa 10 bis 15 Milliarden USD betragen, und da stelle sich die Frage, ob Äthiopien noch der richtige Partner sei. Das gehe nicht gegen die hungernden Menschen,

denn da könnte man mit anderen Mitteln arbeiten. Es gehe um die bilaterale Zusammenarbeit mit einem dysfunktionalen Land. Die Fraktion der AfD fordere mit dem vorliegenden Antrag den sofortigen Stopp der EZ mit der Bundesrepublik Äthiopien.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass sich die Fraktion der AfD mit dem Antrag widerspreche. Einerseits fordere sie die sofortige und vollständige Aussetzung der deutschen Entwicklungsleistungen für Äthiopien, und andererseits beschreibe sie die Herausforderungen aufgrund wiederkehrender Dürren und Überschwemmungen, einer mangelhaften Infrastruktur sowie einer sehr hohen Inflationsrate. In dieser schwierigen Situation der äthiopischen Bevölkerung die EZ-Mittel komplett zu streichen, zeige die komplette Orientierungslosigkeit der Antragsteller in dieser Frage. Die Fraktion der SPD sei sehr dankbar, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Äthiopien sehr aktiv sei und mit Projekten zur nachhaltigen Entwicklung die Lebenssituation der Menschen verbessere. Man wolle Fluchtursachen, wie die Krisen und Kriege, bekämpfen, nicht nur die Symptome. Vorbeugende EZ sei immer auch nachhaltige Sicherheits- und Friedenspolitik. Daher lehne die Fraktion der SPD diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der vorliegende Antrag wieder einmal mit einer sehr griffigen Überschrift formuliert sei. Dadurch werde suggeriert, dass mit Entwicklungsgeldern Paläste gebaut würden. Tatsächlich sei es so, dass die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) diesen Bau finanziell unterstützten. Den Regierungspalast könne man selbstverständlich kritisieren, aber die deutsche EZ zielen auf die Zivilgesellschaft und auf den Privatsektor. Außerdem dürfe man nicht vergessen, dass Äthiopien nach wie vor ein Stabilitätsanker in dieser Region sei. Das Land binde einen Großteil der Migrationsströme aus Eritrea, Somalia und dem Sudan, die ansonsten schnell nach Europa gelangen würden. Auch deswegen müsse man Äthiopien weiter unterstützen und stabilisieren. Äthiopien sei „Too big to fail“, und deswegen werde die Fraktion der CDU/CSU diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass man froh sein könne, in einer Demokratie zu leben. Die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, also der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der SPD und auch der Fraktion der FDP seien sich einig, was letztendlich der Mehrwert von EZ sei. Bei der Fraktion der AfD habe man von Anfang an feststellen können, dass sie das nicht lernen wolle. Sie würden weiter ihren Populismus durch die Gegend tragen, statt zu verstehen, was völkerrechtliche Vereinbarungen bedeuteten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde sich den Argumentationen der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU anschließen, und man lehne diesen Antrag ebenfalls ab.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass die Anträge der Fraktion der AfD im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) immer demselben Muster folgten. Der Sachverhalt werde annähernd richtig beschrieben, aber daraus folgten die falschen Konsequenzen. Das sei auch im vorliegenden Antrag der Fall. Es sei in der Tat verwunderlich, dass die äthiopische Regierung einen neuen Regierungspalast für 10 Mrd. USD in Auftrag gebe. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichte, dass der Palast ohne staatliche Mittel, sondern durch private Geldgeber aus dem In- und Ausland finanziert werde; dazu gehörten auch die VAE. Das Projekt reihe sich in verschiedene ehrgeizige Vorhaben ein, mit denen Ministerpräsident Abiy Ahmed sein Land voranbringen wolle; eine Bewertung dessen sei nicht Aufgabe des deutschen Parlaments. Insofern habe der Regierungsbau mit dem Thema EZ und mit dem, was die Bevölkerung Äthopiens benötige, nichts zu tun. Das Land sei von zahlreichen Krisen betroffen. Dürren und der Bürgerkrieg in Tigray hätten dazu geführt, dass Millionen Menschen auf Lebensmittelhilfen angewiesen seien. HH sei also weiterhin dringend notwendig, und das BMZ engagiere sich zu Recht. Die Modernisierung der Landwirtschaft, die Bewahrung der Umwelt, die Schaffung besserer Arbeitsplätze, gerade für Frauen, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, das seien die Schwerpunkte der deutschen EZ vor Ort. Dieses einzelne überdimensionierte Projekt dürfe die deutsche Unterstützung für die Menschen in Äthiopien nicht gefährden. Die Forderung der Fraktion der AfD, alle künftigen Leistungen auszusetzen und deren Fortsetzung vom Stopp des Bauvorhabens abhängig zu machen, ignoriere vollkommen den Bedarf der Menschen vor Ort. Das sei bei den Anträgen der Fraktion der AfD nichts Neues, aber die Fraktion der FDP lehne auch diesen Antrag ab.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Derya Türk-Nachbaur
Berichterstatlerin

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatlerin

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

